

CHRIST UND WELT

Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt

KIRCHENAustritte Eine neue Studie belegt den Trend zum persönlichen Glauben aus dem Baukasten

Nein, meinen Glauben möchte ich mir nicht vor-schreiben lassen. Von niemandem. So denken viele Christen in Deutschland. Die Welle der Kirchnaustritte im vergangenen Jahr, über die *Christ & Welt* kürzlich ausführlich berichtete, hat deutlich gezeigt, dass der Missbrauchskandal messbare Folgen hatte. Rund 180 000 Katholiken haben im Jahr 2010 ihrer Kirche den Rücken gekehrt, ein Höchststand. Doch auch diejenigen, die bleiben, werden zum pastoralen Problem. Denn für viele von ihnen lautet offenbar die Devise: aushalten statt austreten.



Per Dekret kann man weder Kirchen füllen noch Glaube entfachen.

Dies ist der Trend einer neuen, bisher unveröffentlichten Studie der Thomas-Morus-Akademie Bensberg. Bei der bundesweiten, telefonischen Repräsentativuntersuchung durch die Universität Paderborn wurden 1709 Bürger aller Konfessionen zu ihrer persönlichen Meinung über die Skandale der katholischen Kirche befragt. Zwar waren sich 38,4 Prozent der Katholiken darüber einig, dass die Affären dem Ansehen der katholischen Kirche dauerhaft geschadet haben. Aber nur 3,6 Prozent von ihnen gaben an, ernsthaft über einen Austritt nachzudenken. Ökumenischer Nebenaspekt der Umfrage: Unter den Protestanten sorgten sich sogar 42 Prozent um den Imageschaden der katholischen Kirche. Immerhin 27 Prozent wollten sich trotz aller Skandale nicht von ihrer positiven Haltung zur Kirche abbringen lassen. Doch die Zahl derer, die sich innerlich vom Klerus losgesagt haben,

steigt: Fast ein Drittel der Katholiken erklären inzwischen, dass ihnen ihr persönlicher Glaube wichtiger ist als das, was der Papst und die Bischöfe sagen. Schon frühere Umfragen haben gezeigt, dass viele Gläubige eher ihr Gewissen als Instanz betrachten als zum Beispiel die kirchliche Sexualmoral. Diese Christen basteln sich ihren Glauben zurecht. Die Patchwork-Religion, die meist buddhistisch- oder kabbalistisch-inspirierten Hollywoodstars nachgesagt wird, hat das katholische Milieu erfasst. Enzykliken und Hirtenbriefe werden je nach Bedarf wahrgenommen oder ignoriert. Man pickt sich das heraus, was einem ganz konkret im Leben weiterhilft. Mit so viel Flexibilität tut sich eine 2000 Jahre alte Institution, die sich dem Ewigen verpflichtet fühlt, schwer. Lehramt und Seelsorge klaffen gerade bei dieser Gruppe der kirchlich noch gebundenen Sinnsucher weit auseinander. Sie zu erreichen, ohne die Treuen zu verprellen, ist ein Spagat, gerade für die Bischöfe.

Der Dialog-Prozess sollte dabei helfen, dieses Kunststück zu vollbringen. Doch derzeit streiten Würdenträger und Laien vor allem darüber, ob die Bewegungsübung, an der sie sich gerade versuchen, nun Dialog oder Gespräch heißen soll. Angesichts der neuen Zahlen aus Bensberg könnte man auf den Gedanken kommen, dass es drängendere Probleme gibt als die Suche nach dem treffenden Terminus. Es fehlt an Ideen, nicht an Worten.
Astrid Prange

„Religion? Finger weg!“

ENTWICKLUNGSPOLITIK Ein Gespräch mit Minister Dirk Niebel über den Run auf Rohstoffe, afrikanische Hoffnungs- und liberale Leistungsträger

VOM SAULUS ZUM PAULUS

Er ist immer auf Wählersuche. Von 2005 bis 2009 verschaffte **Dirk Niebel** als Generalsekretär der FDP seiner Partei traumhafte Wahlergebnisse zwischen 9,8 Prozent (2005) und 14,6 Prozent (2009). In seiner Position als Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) versucht er nun seit zwei Jahren, seiner Partei neue Milieus zu erschließen. Der 1963 geborene Politiker gibt sich reformfreudig. Niebel will der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eine straffere Struktur verpassen und deutschen Firmen ermöglichen, an deren wachsenden Investitionen in der

internationalen Hilfsbranche teilzuhaben. Unter seiner Federführung fusionierten die drei Durchführungsorganisationen GTZ, DED und Inwent zur neuen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Neben der Wirtschaft sollen auch Kirchen und die breite Öffentlichkeit verstärkt in die Entwicklungszusammenarbeit einbezogen werden. Im November will das BMZ einen sogenannten **Entwicklungsschatzbrief** herausgeben. Bei dem Wertpapier können Anleger auf ihre Zinseinnahmen verzichten, die dann öffentlichen Projekten zur Armutsbekämpfung zugutekommen.

Niebel: Ja und nein. Unter den fragilen Staaten ist Liberia mit Sicherheit einer der stabilsten. Das Land verfügt über eine entwicklungsorientierte Regierung, die sehr engagiert Demokratisierungsprozesse vorantreibt und Strukturen schafft, die aber noch nicht unmittelbar auf die Bevölkerung wirken. Liberia ist ein Vorreiter unter den fragilen Staaten, aber es ist ein fragiler Staat. Hier sorgen 8000 UN-Soldaten für Sicherheit, das staatliche Gewaltmonopol kann von der Regierung alleine noch nicht ausgeübt werden.
C & W: Der Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste hat 180 000 Flüchtlinge nach Liberia getrieben. Ist dies eine Bedrohung für die junge Demokratie?
Niebel: Die Gefahr, durch rückkehrende bewaffnete Kräfte aus der Elfenbeinküste instabil zu werden, ist ausdrücklich gegeben. Außerdem sollen im Herbst Wahlen stattfinden. Regierung und Opposition werben gleichermaßen dafür, die Ergebnisse zu akzeptieren, wie immer sie auch aussehen werden. Das ist einer der zentralen Punkte für ganz Afrika. Nach mehreren demokratischen Regierungswechseln ohne gewalttätige Auseinandersetzungen hat die Situation in der Elfenbeinküste den gesamten Kontinent ein Stück zurückgeworfen. Wenn in Liberia die Wahlen demokratisch durchgeführt und die Ergebnisse akzeptiert werden, dann ist die Gefahr eines Rollbacks hin zu Diktaturen gebannt und die Chancen auf eine demokratische Weiterentwicklung in Afrika steigen deutlich. Deshalb sollte man Liberia im Auge behalten.
C&W: Erteilt uns Afrika nicht gerade eine Lektion in Sachen Demokratie?
Niebel: Nein, Afrika vollzieht in manchen Bereichen das nach, was in der Aufklärung in Europa passiert ist. Deswegen muss man auch in langen Zeiträumen denken, man darf nicht erwarten, dass sich alles im Eiltempo verändert. Schnipp, und schon ist aus einer Diktatur eine Demokratie geworden, das ist zu einfach gedacht. Wir haben aufgrund der arabischen Revolution drei Fonds aufgelegt, einen für Demokratisierung, einen für Wirtschaft und einen für Bildung. Außerdem haben uns Tunesien und Ägypten darum gebeten, ihnen bei der Formulierung ihrer neuen Verfassungen zu helfen. Das ist eine große Chance für Deutschland.
C&W: Sie wollen die Kirchen stärker in die Entwicklungszusammenarbeit einbinden. Sollte Religion mehr Gewicht in der Entwicklungszusammenarbeit bekommen? Schließlich sind viele Konflikte religiös motiviert ...
Niebel: Die Religion sollte kein größeres Gewicht einnehmen, die Kirchen schon. Deswegen haben wir im Haushalt trotz Schuldenbremse mehr Geld eingestellt. Mit konfessionell ausgerichteten Projekten würden wir noch mehr Konflikte schaffen, statt sie zu begrenzen. Das sehen übrigens auch die kirchlichen Entwicklungsorganisationen so. Die Diskussion war aktuell bei der Koptenverfolgung in Ägypten, da kam die Frage auf, ob man nicht Maßnahmen nur für koptische Christen durchführen müsste. Alle, die sich damit auskennen, sagen: Finger weg davon!



nerlandes ich anstoßen kann. Wenn ich allerdings private Finanziers dabei haben möchte, investieren diese nicht, wenn sie nicht auch einen Vorteil davon haben. Also muss ich Win-win-Situationen organisieren. Wenn sowohl das Entwicklungsland als auch der Wirtschaftspartner einen Vorteil haben, mit uns zu kooperieren, dann haben auch beide ein Interesse daran, dass ihr Projekt erfolgreich ist.
C&W: Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2015 mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Wollen Sie das Ziel angesichts der öffentlichen Sparmaßnahmen mithilfe der Wirtschaft erreichen?
Niebel: Das 0,7-Prozent-Ziel ist vor 41 Jahren das erste Mal von einer deutschen Regierung versprochen worden und bis jetzt von keiner einzigen er-

reicht worden. Wir sind so dicht dran wie noch nie. Mein Etat mit 6,3 Milliarden Euro ist der höchste, den es je in der Entwicklungszusammenarbeit gegeben hat, und trotzdem haben wir im vergangenen Jahr nur 0,38 Prozent erreicht. Das sagt mir: Das Ziel muss bleiben, aber nur zu gucken, wie viel Geld ausgegeben wird, reicht auch nicht. Ich glaube sowieso, dass das Bruttonationaleinkommen die falsche Bemessungsgröße ist. Entscheidend ist die Wirksamkeit dessen, was wir tun.
C&W: Sie sind gerade aus Liberia zurückgekommen, das wegen seiner Rohstoffe weltweit Investoren, insbesondere chinesische Firmen, anzieht. Können Sie sich dort in diesem Bereich auch eine Kooperation mit China vorstellen?
Niebel: Grundsätzlich ja. In Äthiopien und Ghana machen wir diese Kooperationen schon mit Israel, und in Peru haben wir eine Dreieckskooperation mit Brasilien. Es ist gut, die Schwellenländer und neuen Geber in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen und dadurch näher an die Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) heranzuführen. Das gilt selbstverständlich auch für China. Die chinesische Regierung kennt unser Angebot und überlegt, ob und wann sie es gegebenenfalls in Anspruch nehmen möchte.
C&W: Ist Liberia ein Hoffnungsträger in Afrika?

„Das Ministerium, das die FDP abschaffen wollte, gibt es nicht mehr. Wir waren nicht gegen Entwicklungspolitik, sondern die Art, wie sie betrieben wurde.“

Das Gespräch führte Astrid Prange.

Nachruf

Wir nehmen Abschied
von unserer Mitarbeiterin

Sabine Bleth-Gerigk

die am 15. Mai 2011
im Alter von 52 Jahren verstorben ist.

Frau Bleth-Gerigk war 22 Jahre
beim Rheinischen Merkur beschäftigt.
Als Assistentin der Geschäftsführung
hatte sie sich besonders durch ihre Hilfsbereitschaft
und ihr persönliches Engagement
ausgezeichnet und unsere Wertschätzung erworben.

Wir trauern um eine liebe
und hochgeschätzte Kollegin, die wir dankbar
in guter Erinnerung behalten werden.
Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

Bonn, 26. Mai 2011
Geschäftsleitung, Betriebsrat
und Belegschaft der
Verlag Rheinischer Merkur GmbH i. L.

Die Beerdigung fand am Freitag, dem 20. Mai 2011,
im Familienkreis statt.

IMPRESSUM

Redaktion: Dr. Christiane Florin (Vi.S.d.P.)
Anschrift Redaktion: dreipunkt drei mediengesellschaft mbH
Adenauerallee 134, 53113 Bonn; Geschäftsführer: Thomas Juncker
Amtsgericht Bonn HRB 18302
Telefon: (0228) 884-136, **Telefax:** (0228) 884-220, **E-Mail:** redaktion@christundwelt.de

Anschrift Verlag: Verlag Rheinischer Merkur GmbH i.L.
Heinrich-Brüning-Straße 9, 53113 Bonn; Postfach 201164, 53141 Bonn
Liquidator: Peter Kersting; Amtsgericht Bonn HRB 5299
Telefon: (0228) 884-0, **Telefax:** (0228) 884-260, **Internet:** www.christundwelt.de
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, 64546 Mörfelden-Walldorf

Kundenservice für die bisherigen Abonnenten des Rheinischen Merkur:
Telefon: (0228) 884-227 oder **E-Mail:** leserservice@christundwelt.de

Abonnementbestellung für die Sonderausgabe der ZEIT mit Christ & Welt:
Leser-Service, 20080 Hamburg, **Telefon:** (0180) 52 52 909* oder **E-Mail:** abo@zeit.de
(* 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem Mobilfunknetz)

FOTOS: MIKKELO OSTERGAARD/IVISUM; GOETZ SCHLESER/IMAGETRUST



Almosen, nein danke!
Dirk Niebel will Armut nicht mit Wohltätigkeit, sondern mit privaten Investitionen überwinden.